Anfrage öffentlich	Datum 03.07.2006	Nummer F0144/06
Absender **Fraktion *BÜNDNIS 90*/DIE GRÜNEN**		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 06.07.2006	

Kurztitel Programm gegen Rechtsextremismus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die auch vor den Kommunen Sachsen-Anhalts nicht halt machen. Laut Verfassungsschutzbericht 2005 hat die Anzahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr deutlich zugenommen.

Die Entwicklung in Sachsen-Anhalt spiegelt sich auch auf Bundesebene. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund die Fortführung der auslaufenden Bundesprogramme Civitas und entimon beschlossen. Ab dem Jahr 2007 soll die Arbeit gegen Rechtsextremismus dauerhaft mit 19 Mio Euro jährlich über das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ gefördert werden.
Nach gegenwärtigem Stand werden die Kommunen in diesem Programm für Fördermittel antragsberechtigt sein. Fördermittel werden an die von den Kommunen zu erstellenden lokalen Aktionspläne in Zusammenarbeit mit den freien Trägern ausgeschüttet.

Um eine kontinuierliche Arbeit der zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus und für ein demokratisches Miteinander zu gewährleisten, müssen die Vorbereitungen auf die neuen Förderinstrumente bereits jetzt beginnen.

Wir fragen daher die Verwaltung:

Zum Ist-Stand

1. Wie schätzt die Verwaltung die Situation der rechtsextremen Szene in der Stadt Magdeburg ein?
2. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung der Stadt in den vergangenen Jahren ergriffen, um rechtsextreme Bestrebungen zurückzudrängen und die Demokratiefähigkeit der Bürger zu steigern?
3. Mit welchen freien Trägern arbeitet die Verwaltung in diesem Bereich zusammen?

Zu geplanten Aktivitäten im Rahmen des neuen Bundesprogramms ab 2007

4. Strebt die Verwaltung eine Förderung von lokalen Projekten gegen Rechtsextremismus aus dem geplanten Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus an?
5. Welche Aktivitäten hat die Verwaltung bislang zur Vorbereitung eines lokalen Aktionsplans entfaltet? Mit welchen freien Träger arbeitet die Verwaltung hierbei zusammen oder plant eine solche Zusammenarbeit?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, den voraussichtlichen kommunalen Eigenanteil von mindestens einem Drittel der Projektkosten zu erbringen? Wird sich die Verwaltung beim BMFSFJ dafür einsetzen, dass dieser Eigenanteil auch über Sachmittel, z. B. die Anrechenbarkeit von zur Verfügung gestellten Räumen erbracht werden kann?

Wir bitten um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Alfred Westphal
Fraktionsvorsitzender